

## Inhalt

Wahlnachlese 2009 .....	1
Afghanistan – Krieg oder nicht Krieg? .....	1
Die demokratische Wahl .....	3

## Wahlnachlese 2009

**W**enn in der Krise Wahlen sind und alle Welt davon redet, das Schlimmste für „die Wirtschaft“ sei vielleicht vorbei, aber der Höhepunkt der Arbeitslosenzahlen stünde erst noch bevor; wenn im Vorfeld der Wahlen der Fortbestand des Kündigungsschutzes in Frage gestellt, die Senkung von Steuern für „Leistungsträger“ und deren „Gegenfinanzierung“ durch die Erhöhung von Sozialversicherungsbeiträgen erörtert wird; wenn der Niedriglohn keine Mindestgrenze kennen soll, die Freiheit von Hartz-IV-Empfängern und aller anderen Wähler weiterhin am Hindukusch und ihre Stromversorgung durch ältliche Atomkraftwerke gesichert wird und im Wahlkampf das alles zur Sprache kommt, dann hindert das öffentliche Beobachter und Kommentatoren der Wahlkampagne nicht an dem Urteil, man habe es da mit einer irgendwie „konflikt-scheuen“ und „inhaltsarmen“, einer furchtbar „öden“ und „langweiligen“, also überhaupt nicht wahlkämpferischen, sondern wieder einmal höchst uninteressanten Veranstaltung zu tun.

So weit ersichtlich kommt jedenfalls bei den wahlberechtigten Massen – vor und nach der Abstimmung – in den Betrieben wenig Langeweile auf und auch die, die dort nicht mehr gebraucht werden, sind meist gut damit beschäftigt, ihre Armut zu organisieren, gar nicht zu reden vom Stress derer, die die Letzteren entlassen haben und sich auf die Geschäftsgelegenheiten des nächsten Aufschwungs werfen. Der dergestalt nervenaufreibende kapitalistische Alltag der Nation ist aber offenbar nicht das Kriterium der journalistischen Unzufriedenheit. Als trostlos fade

gelten der demokratischen Öffentlichkeit die ungefähr gleichlautenden politischen Ankündigungen der konkurrierenden Kanzler- und Bundestagskandidaten, dass es mit ebendemselben Alltag nach den Wahlen genau oder ungefähr so weiter gehen soll. An den Verlautbarungen der Bewerber, die „Deutschlands Zukunft“ an verantwortlicher Stelle „gestalten“ wollen, vermisst man die „Lust am Meinungskampf“ (FAZ, 10.9.09), ihre Wahlkampfreden entzündeten nirgendwo die von den Bürgern angeblich „ersehten Leuchtfelder“ und stiften keine „markante Orientierung“ (SZ, 15.9.); und dass die Kanzlerin selbst „im Schlafwagen zur Macht“ (Stern, 5.7.) fahren will, das kennzeichnet nach Auffassung der angeödeten Berichterstatter den „drögen“ Charakter dieses Wahlkampfes, der doch eigentlich eine freiheitliche Festveranstaltung sein sollte. Einer, bei dem sich im Zwei- oder Mehrkampf der alternativen Programme und Konzepte der beste Kandidat durchsetzen, die Wähler überzeugen und von einer soliden Mehrheit legitimiert die Ausübung der Regierungsgewalt übernehmen sollte. Das haben in diesem Wahlkampf die Kanzlerkandidaten angeblich total vermasselt:

„Bei einem Duell reiten eigentlich die Duellanten aufeinander zu; im Fall Steinmeier/Merkel ritten sie nebeneinander her.“ (SZ, 15.9.)

Wenn die Angebote für die demokratische Betreuung des nationalen Kapitalismus nun einmal nicht übermäßig unterschiedlich sind, muss man ja nicht unnötige Gegensätze hin-zu erfinden, die die Parteien gar nicht haben, das wollen die Kritiker nicht verlangt haben:

→Fortsetzung Seite 2

### Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr:

## Krieg oder nicht Krieg – das ist hier die Frage

**A**nlässlich des Todes deutscher Soldaten treibt Politiker und Macher der öffentlichen Meinung einige Frühsommerwochen lang die Frage um, ob der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan als „Krieg“ bezeichnet werden darf. Eine einigermaßen merkwürdige Fragestellung, möchte man meinen. Denn dass die deutsche Regierung wild entschlossen ist, dem wachsenden Widerstand der Taliban nicht aus dem Weg zu gehen, die militärische Konfrontation für sich zu entscheiden und dabei keine Opfer zu scheuen – „Der Einsatz müsse trotz der Opfer weitergehen, um den Terroristen entgegenzutreten.“ (Verteidigungsminister Jung, SZ, 24.6.09) –, steht fest. Und in die Tat umgesetzt ist dieser politische Beschluss auch schon längst:

„Auch die Bundeswehr hat ihre Taktik geändert. Galt bisher die Devise ‚Durchstoßen‘, wenn eine Patrouille in brenzlige Situationen geriet, so nehmen die Soldaten jetzt den Kampf an. Dann werden schnellstmöglich zusätzliche Kräfte zur Hilfe herangeführt... Auch Luftunterstützung durch amerikanische Kampfflugzeuge wird immer öfter angefordert.“ (SZ, 24.6.09).

Dass die deutsche Armee im Ausland unterwegs und mit Töten und Sterben beschäftigt

ist, ist selbstverständlicher Ausgangspunkt einer munteren Erörterung der Gesichtspunkte, die bei der Namensgebung eines solchen Militär-Engagements zu berücksichtigen sind.

### Die deutsche Aufbauhilfe sieht wie Krieg aus, soll aber nicht so genannt werden

Der wirkliche Grund der Bundesregierung, ihre Beteiligung am Afghanistan-Krieg nicht beim Namen nennen zu wollen, ist so alt wie der Krieg selbst und so grundsätzlich, dass er über zwei Legislaturperioden und wechselnde Koalitionen hinweg Bestand hat:

„Am Anfang legte die damalige Bundesregierung Wert auf eine strikte Trennung der Unterstützungs- und Sicherungsaufgaben der Internationalen Schutztruppe (Isaf) vom Kampfauftrag des ‚Unternehmens Nachhaltige Freiheit‘ unter amerikanischem Befehl. Sie lehnte insbesondere eine gemeinsame Kommandostruktur für beide ab. Diese wurde dann später von der Nato mit deutscher Zustimmung aus praktischen Gründen geschaffen, weil die Lage es erzwang.“ (Rühl, FAZ, 22.7.)

Deutschland will in diesem Fall, im Unterschied zum Irak-Krieg, an der Einrichtung einer dem Westen genehmen neuen Ordnung beteiligt sein und seinen Einfluss auf diesem

## GEGENSTANDPUNKT & Diskussion

# Afghanistan-Krieg

## Warum Deutsche am Hindukusch töten und sterben müssen

Vor Jahren hat der damalige Verteidigungsminister (Struck, SPD) für den Einsatz das allgemeine Etikett für den guten und gerechten Krieg beansprucht: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt!“ Kein Wunder, dass die Begründung gewisse Rätsel aufgibt: Zehn Flugstunden von den deutschen Landesgrenzen entfernt, beginnt da ihre Verteidigung? Oder wird, wenn Deutsche Krieg führen, grundsätzlich nur verteidigt, so dass weltweit jede lokale Landesverteidigung einheimischer Kräfte ein Angriff auf „uns“ ist?

Verteidigung soll dieser Krieg zweitens in dem Sinn sein, dass die Vernichtung von Al Kaida und den Taliban in ihrem Heimatland ziviles deutsches Leben vor radikal-islamischem Terror schützen würde. Ginge es darum, wäre die Militärexpedition unmittelbar kontraproduktiv: Deutschland und sein verwundbares Zivilleben ist erst durch den Einsatz der Bundeswehr ins Visier der Dschihadisten geraten. Die deutsche Militärpräsenz in afghanischen Nordprovinzen führt die Bedrohung herbei, gegen die sie angeblich schützen soll.

Erst recht misstrauisch macht die humanitäre und zivilisatorische Kriegs begründung deutsche Patrioten: Soll Deutschland tatsächlich finanzielle und menschliche Opfer bringen, damit afghanische Hinterwäldler in Sicherheit ihren Mohn anbauen, Frauen ihre Ganzköpferverhüllung verlieren und Mädchen der Schulpflicht genügen? Eine derart national selbstlose Begründung für einen Waffengang erscheint den einen unglaublich; bei anderen weckt sie Zweifel an der nationalen Zuverlässigkeit der Berliner Führung.

Angesichts dieser Schwierigkeiten haben sich die staatstragenden Parteien verabredet, den Krieg aus dem Wahlkampf herauszuhalten: Der Bürger hat einfach zu akzeptieren, dass dieses Töten und Sterben für Deutschland unverzichtbar ist, auch wenn man ihm den guten Sinn des Unternehmens nicht erklären kann.

Höchste Zeit, dass wir es tun.

P.S. Vor der Bundestagswahl hat die Partei Die Linke damit geworben, dass nur sie den Afghanistankrieg ablehnt und dem Wähler die Option bietet, gegen Gewalt in der Außenpolitik zu stimmen. Nach dem Wahlerfolg fordern linke Spitzenpolitiker, die Partei müsse auch zu diesem außenpolitischen Problem eine konstruktivere Stellung einnehmen und Lösungen anbieten: Ein abstraktes Nein zum Krieg sei keine Politik. Die Linkspolitiker geben ihren Gegnern aus SPD und Grünen recht: Eine Partei, auch wenn sie 12 Prozent der Wähler hinter sich hat, ist nicht „politikfähig“, solange sie die Kriege des Vaterlands nicht mitverantworten mag.

## Vortrag mit Diskussion

Referent: Dr. Theo Wentzke

**Stuttgart** Donnerstag, 5. 11. 2009, 19:30 Uhr,  
Altes Feuerwehrhaus Süd, Gr. Saal, Möhringer Str. 56 (Eingang Erwin-Schöttle-Platz – U1, U14, Bus 42 Schreiberstr.)

**Tübingen** Dienstag, 10. 11. 2009, 19 Uhr c.t.,  
Universität Tübingen, Neue Aula,  
Hörsaal 2, Wilhelmstr. 7

Schauplatz geltend machen. Dies allerdings nicht als Befehlsempfänger und Erfüllungsgelhilfe des großen Alliierten, wie es dessen Administration vorschwebt. Man widersetzt sich zunächst dem amerikanischen Antrag auf ein gemeinsames Oberkommando der Streitkräfte, legt Wert auf die Betonung, dass ein Nato-Mandat etwas ganz anderes ist als die amerikanische Operation „enduring freedom“, macht gegenüber jeder Forderung nach Truppen und Militärgerät seinen „Souveränitätsvorbehalt“ geltend und setzt lauter eigene Bedingungen für den deutschen Kriegsbeitrag. Der konzentriert sich auf die Besetzung und Sicherung des afghanischen Nordens und wird in unablässig betonter Absetzung von der amerikanischen Vormacht und ihrer Kriegs-

führung als reine, militärisch abgesicherte Aufbauhilfe definiert.

Die Entwicklung der Kämpfe hat aber im Lauf der Jahre dieser schönen Unterscheidung die Grundlage entzogen: Während zunächst die US-Streitmacht mit ihren verbündeten Truppen bei ihrer Jagd auf die Taliban das Land in Schutt und Asche legt, das deutsche Militär dagegen in seiner vergleichsweise ruhigen Besatzungszone quasi Polizeiaufgaben ausübt, eskaliert der Krieg nach und nach und die deutschen Truppen werden zunehmend in Kämpfen verwickelt.

Einen Anlass, von ihren alten Sprachregelungen Abschied zu nehmen, sieht die deutsche

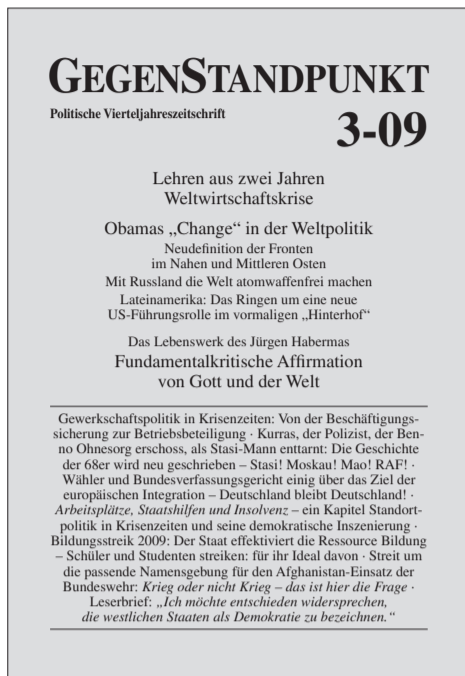
→Fortsetzung Seite 2

### Impressum:

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES MARXISTISCHEN PRESSEWESENS e.V.  
Böblinger Str. 135; 70199 Stuttgart; Tel.: 0711/6151772; V. i. S. d. P.: Theo Wentzke  
www.versus-tuebingen.de; www.gegenstandpunkt.com  
www.gegenstandpunkt-s.de  
Kontakt: redaktion@versus-tuebingen.de

„Wahlachlese 2009...“ (Fortsetzung)

Einerseits merkt das ohnehin kaum jemand – wer liest schon Programme, wen interessieren schon Argumente –; andererseits ist die Gemeinsamkeit der Demokraten schließlich auch ein achtbarer Wert und die „Schlamm-



schlachten“ von früher waren zwar hochinteressant, aber eben auch unter Niveau. Aber: Die beiden Spitzenkandidaten hätten sich trotzdem die Mühe machen müssen, bei aller politischen Gemeinsamkeit auch irgendwelche Differenzen „spannend“ rüber zu bringen und wenigstens den Schein des politischen Streits um irgend ein „Sachthema“ zu inszenieren, anstatt bei ihrem gemeinsamen TV-Auftritt Deutschland „den gefühlten längsten Abend der deutschen Fernsehgeschichte ertragen“ zu lassen. (FAZ, 15.9.)

Diese Forderung nach der verlogenen Inszenierung sachlicher Gegensätze entspringt natürlich nicht einem oberflächlichen Unterhaltungsbedürfnis zynischer Redaktionen. Da würden sich die Freunde der demokratischen Duellkultur missverstanden fühlen. Sie erwächst vielmehr aus der Sorge um das Verhältnis des wählenden Staatsbürgers zu seinem Gemeinwesen. Medienleute wollen ihrer Kundschaft abgelascht haben, dass „viele Bürger die Frage quält, wen soll ich nur wählen?“ (SZ, 9.9.) und sind überzeugt, dass eine staatstragende Antwort darauf nur durch wählbare und unterscheidbare Alternativen aus dem demokratischen Parteienspektrum erfolgen kann. Wenn man „schon bis zur Linken blicken (muss), um klare Konturen zu erkennen, Konturen freilich, die einen erschrecken lassen“ (SZ, 9.9.), dann ist was faul im Staate D.

Verlangt ist also von den alteingesessenen Blockparteien des demokratischen Kapitalismus, ihren gewaltmonopolistischen Regierungsanspruch endlich wieder als zwar seriöses, niveaivolles, aber auch bündemokratisches Auswahlangebot interessant zu machen. Sie sollen den Wählerwillen politisch bilden, wie es dem Verfassungsauftrag entspricht, ihn damit an das beste aller Herrschaftssysteme binden und dafür sorgen, dass er sich – von klaren Herrschaftsalternativen anspruchsvoll unterhalten, auch wenn die ein bisschen erfunden sind – flächendeckend zur Bestellung seiner Obrigkeit mobilisiert sieht. So würde dann der Besuch im Wahllokal zum Abschluss einer stimmungsvollen Veranstaltung, deren Inhalt ein Bekenntnis zur Nation sein sollte, das sich auch noch richtig gut anfühlt.

Die Wahlkämpfer haben es diesmal nicht ausreichend hinbekommen, so die öffentliche Kritik, bei den Wählern die Zustimmung zur Führung richtig spürbar werden zu lassen und im Volk eine Stimmung erkennbarer Begeisterung für die zur Wahl stehenden Führungsoptionen zu erzeugen. Der Vorwurf an die wahlkämpfende Elite, sie habe eine „langweilige“ Kampagne geführt, lebt von der Vorstellung einer bei den mitreißenden Diskursen des Herrschaftspersonals mitfiebernden Wählerschaft, die dann, angemessen demokratisch erregt, mit ihrem Wahlkreuz für klare Gewaltverhältnisse sorgt. Wahlkampf als mo-

natelanger Reichsparteitag auf demokratisch, das wäre das Ideal dieser Kritiker, geführt von charismatischen Akteuren, die es schaffen – ähnlich dem leuchtenden Beispiel Obama bei den letzten US-Wahlen –, beim Publikum eine gefühlsmäßig prägnante Parteilichkeit für die Nation zu stimulieren und in Form einer hohen Wahlbeteiligung ein donnerndes Hurra auf die Einheit von Volk und Führung auszubringen, auch wenn derartige Begeisterung anderswo und zu anderen Zeiten von Demokraten gerne als Massenhysterie denunziert wird. Hier und heute und angesichts der „harten Zeiten“, die auf die wahlberechtigte Bevölkerung zukommen, würde das ja einem wirklich guten Zweck dienen: Wenn ein Volk seinem Schanden begeistert zustimmt, tut er ja vielleicht nur mehr halb so weh.

**Angesichts der Stimmenverluste der SPD bei der Bundestagswahl lässt sich die FAZ (faz.net vom 30.9.) mit selten gehörten Lobesworten vernehmen:**

„Sozialdemokraten werden in jeder Demokratie westlichen Typs gebraucht. Das sieht man gerade in Ländern wie den Vereinigten Staaten und Japan, die mit nur zwei Parteien auskommen: Eine davon muss sozialdemokratisch sein, sonst haben weite Teile der Bevölkerung keine politische Vertretung.“

Dass insbesondere Arbeitnehmer eine Vertretung brauchen, die sich das Soziale, soziale Gerechtigkeit, Symmetrie o.ä. auf die Fahne schreibt, hält die FAZ geradezu für eine Systemnotwendigkeit. Allerdings darf man Vertretung nicht so missverstehen, als ob es darum ginge, Interessen einer Klientel durchzusetzen:

„Müntefering und Steinmeier stehen für eine SPD, die jederzeit bereit ist, Verantwortung für das Ganze zu tragen. Das hat sie – unter großen Opfern – schon in der Weimarer Republik getan.“

„Das Ganze“, das sind nicht die Interessen der Arbeiterschaft. Die darf vielmehr nur vertreten, wer sich ganz der Nation samt zugehöriger Marktwirtschaft verpflichtet fühlt – also genau der Ursachen für proletarische Lebensbedingungen, die eine ständige soziale ‚Abfederung‘ überhaupt erst notwendig machen. Anfängliches Sympathisieren mit Klassenkampf und Gesellschaftsveränderung hat die SPD glücklich überwunden:

## Jour Fixe

in Tübingen und Stuttgart

Tübingen:

dienstags 20 Uhr im Clubhaus, Raum 2  
Info: <http://www.versus-tuebingen.de>

Stuttgart:

donnerstags 19.30 Uhr,  
Altes Feuerwehrhaus (Foyer)  
(Stgt.-Süd, Möhringer Str. 56)  
Termine und Themen in: <http://www.gegenstandspunkt-s.de/disk-s.htm>

„Die SPD hat ihren Namen deshalb behalten und trägt ihn mit Stolz, weil sie sich schon vor hundert Jahren von Utopien wie „Reichtum für alle“ verabschiedet hat.“

Im Unterschied zur Linkspartei, deren „Verlässlichkeit“ in dieser Hinsicht ja immer noch abzuwarten bleibt, hat die SPD nach Münteferings Bild eine über hundertjährige Erfahrung damit, für ‚geordneten Verhältnisse‘ zu sorgen, die auch und gerade der Wirtschaft Grund zur Wertschätzung geben:

„Eine solche Sozialdemokratie braucht nicht zuletzt die Wirtschaft, der zwischenzeitlich das Bewusstsein dafür abhanden gekommen zu sein scheint, wie abhängig auch sie von demokratischen Verhältnissen ist.“ Mal ehrlich, am besten geht's dem Kapital doch da, wo Ordnung herrscht, u.a. deswegen, weil sozialdemokratische Parteien dafür sorgen, dass die beständig produzierte Armut sozial geregelt und verwaltet wird, und sich etwaiger Unmut

der Armen, pardon: der „sozial Schwachen“, nicht gegen deren Verursacher richtet, sondern konstruktiv in die Mühlen des Wählens und der sich darin austobenden politisierten Unzufriedenheit gelenkt wird.

„Wer es nicht mit Radikalsozialisten zu tun bekommen will, die Mehrheiten für Enteignungen organisieren, hat keinen Grund, sich über den Niedergang der Volkspartei SPD zu freuen.“

Der Beitrag der SPD zum sozialen Frieden ist nicht gering zu schätzen. Trotz all der schönen Erfolge deutscher Unternehmen hinsichtlich zunehmend „asymmetrischer“ Reichtumsverteilung denkt keiner hier an Enteignung oder so hässlich radikalsozialistische Gedanken wie „Reichtum für alle“ – die haben in anständig sozialdemokratischen Köpfen deutscher Armer keinen Platz. Dafür, dass das so bleibt, das nächste mal bitte wieder ein bisschen mehr SPD wählen! Fürs große Ganze!

**Die FDP ist der große Gewinner dieser Wahl. Der Wähler befand Argumente folgenden Kalibers offenbar für schwer einleuchtend:**

„Die Bürger, die in Deutschland arbeiten, Steuern- und Sozialabgaben zahlen, fühlen sich doch mittlerweile als Deppen der Nation! ... Von der Krankenschwester bis zum Handwerker spürt jeder, dass sich die eigene Leistung nicht mehr ausreichend lohnt.“ (Westerwelle in BamS)

Niemand missversteht diese Einfühlsamkeit als Aufruf zu fetten Gehaltserhöhungen für Krankenschwestern. Es ist völlig klar, dass Westerwelle diesen Berufszweig lediglich als Sinnbild für die Bürgertugenden von Fleiß und Tüchtigkeit hernimmt. Gemeint mit den „Deppen der Nation“ sind natürlich die Leistungsträger des famosen deutschen Mittelstands und alle freischaffenden Besserverdiener: Deren Geld will vor dem staatlichen Zugriff per Steuern und Sozialabgaben bewahrt werden. Bewirkt wird durch die staatliche „Umverteilung“ mit Steuern und Sozialtransfers aus liberaler Sicht nur die ökonomische Todsünde schlechthin: Leute bekommen Geld, das sie nicht als Einkommen verdienen, während andere Geld zahlen, ohne dass es sich für sie lohnt.

Das verlängert die FDP konsequent in die Forderung, dass sich auch der finanzielle Aufwand für die aktuelle Krisenbewältigungspolitik möglichst nicht als Abzug von privat verdienten Einkommen (und andere gibt es nun mal nicht), geltend machen darf. Die Rettungsmaßnahmen fürs Finanzsystem und den Rest der Wirtschaft ziehen sich den Vorwurf zu, dass sie so viel kosten, nämlich Steuergeld und Staatsschuld. Als höchst „wirtschaftskompetent“ erweisen sich die Liberalen mithin auch durch ihren Mut zum Widerspruch: Wegen ihres Beharrens auf dem Prinzip des Systems – der Unantastbarkeit geschäftlicher Freiheit und der daraus gezogenen Gewinne – wettern sie gegen alle Maßnahmen, die dieses Prinzip verletzen, um das System zu retten.

Es gab auch schon Zeiten, als konkurrierende Parteien versucht haben, die FDP wegen dieser Programmatik als bonzenfreundlich, marktradikal und antisozial anzugreifen und ihr Einseitigkeit und mangelndes Verständnis für das „große Ganze“ vorzuwerfen. Von diesem üblen Geruch ist aber so gut wie nichts mehr geblieben. Zwar ist die FDP immer noch bonzenfreundlich, marktradikal und antisozial – nur ist das für ein Gutteil der Wählerschaft anscheinend ein Lob angesichts des in der Krise gereiften Konsens, dass das „große Ganze“ exakt so einseitig ist, wie die FDP es schon immer propagiert.

**Die LINKE ist sturzzufrieden mit dem Ergebnis – jetzt ist sie endlich „auch im Westen angekommen“.**

Nun darf sie beweisen, was sie nach Ansicht der anderen Parteien und der Öffentlichkeit beweisen muss: Ist sie „politikfähig“, also bereit, „Verantwortung“ für Deutschland zu übernehmen? ◆

„Afghanistan...“ (Fortsetzung)

Regierung darin – bislang – nicht. Schon gleich nicht kurz vor der Bundestagswahl. Im Gegenteil: Das leicht paradoxe Bemühen um eine Distanzierung von einem Krieg, den man dermaßen zur nationalen Sache gemacht hat, dass bereits der nächste Zehn-Jahres-Einsatzplan vorliegt, treibt seine Blüten:

– Würde Deutschland Krieg führen, wäre die eigene Militärpräsenz in Afghanistan als Besetzung zu bezeichnen – aber das kann unmöglich sein:

„Verteidigungsminister Jung vermied diesen Begriff, weil das kein Krieg ist. Das wäre falsch, das so zu formulieren“, sagte Jung. Er verwies darauf, dass Deutschland nicht als ‚Besitzer‘ in Afghanistan sei.“ (FAZ, 25.6.) „Man befinde sich mit Afghanistan nicht im Krieg, sondern kooperiere mit der legitimen Regierung.“ (Ministeriumssprecher, SZ, 25.6.)

Deutschland leistet gewissermaßen nur Amtshilfe zu Gunsten der afghanischen Regierung, die – im Unterschied zur Vorgängerregierung, die mit einem Bombenhagel der Nato-Vormacht in einem Akt der ‚Selbstverteidigung‘ gerechterweise aus dem Amt gejagt werden musste – echte Legitimität für sich beanspruchen kann – jedenfalls bei ihren mächtigen Geburtshelfern und Paten. Bedauerlicherweise ist diese Auffassung im Land außerhalb des Kabuler Präsidentenpalastes nicht sehr populär: Die Interventionsmächte sind deshalb quasi dazu gezwungen, der von ihnen legitimierten Regierung unter Beachtung völkerrechtlicher Grundsätze militärisch zur Kommandogewalt über das Land zu verhelfen und deren Gegnern so den Garaus zu machen.

– Von diesem Krieg als Krieg zu sprechen, käme glatt einer Geringschätzung des wichtigsten Kriegszieles gleich:

„Es gehe um den zivilen Aufbau, um ‚vernetzte Sicherheit‘. Das Wort ‚Krieg‘ setze da einen völlig falschen Akzent.“ (Jung, Spiegel, 29.6.)

Mit der Erledigung des Gegners ist die Mission längst nicht beendet. Gelungene Weltordnung, wie man sie in Deutschland buchstabiert, vollendet sich erst im Aufbau „zivilen Strukturen“, vorrangig der Schaffung einer loyalen afghanischen Polizei und Armee, um dem Ziel einer „selbsttragenden Sicherheit“ näher zu kommen. Die „Sicherheit“, die „Deutschland am Hindukusch verteidigt“, verlangt ein Regime, das mit eigenem Gewaltapparat und ohne die dauerhafte Präsenz auswärtiger Truppen dafür einsteht, dass Afghanistan wunschgemäß regiert wird.

– Die Kennzeichnung des deutschen Einsatzes als Krieg könnte sogar unerwünschte Wirkungen zeitigen:

„Krieg würde auch betonen, dass den Taliban Kombattantenstatus zustünde. Tatsächlich aber seien sie ‚Verbrecher, Terroristen und Kriminelle‘.“ (Ministeriumssprecher, SZ, 25.6.)

Im Unterschied zu Amerika, das kein Vermittlungsproblem hat zwischen seiner Rede vom „war in Afghanistan“ und der Definition seiner Feinde als „Terroristen“, hält man in Deutschland die säuberliche Unterscheidung zwischen der eigenen legitimen Erledigung von „Verbrechern“ und deren höchst illegitimer Gewalt hoch. Schließlich ist man per UNO-Mandat zur Kontrolle anderer Nationen befugt. Die Bezeichnung „Krieg“ für den eigenen Einsatz könnte eine ungewollte völkerrechtliche Aufwertung der Taliban mit sich bringen und die eigene Herabstufung zu einem gleichrangigen Kriegsgegner. Derlei Unschärfen müssen vermieden werden!

In konsequenter Umschiffung ihres wirklichen Motivs präsentiert die deutsche Politik an lauter Nebenfronten gute Gründe, warum das „K-Wort“ zu vermeiden ist, während sie mit überwältigender parlamentarischer Rückendeckung – eine Ausnahme bilden noch (!) die Linken – gleichzeitig und mit aller Entschlossenheit der Truppe ihren „Kampfauftrag“ erteilt.

→Fortsetzung Seite 3

„Afghanistan...“ (Fortsetzung)

### Sorgen um die deutsche Wehrfreude

Dieser berechnenden regierungsamtlichen Zurückhaltung in der Wortwahl können Presse und Rundfunk überhaupt nichts abgewinnen. Wie besessen klären sie wochenlang darüber auf, warum der deutsche Afghanistan-Krieg schnörkellos das Attribut „Krieg“ verdient.

– Die Politiker schulden ihren Soldaten *Anerkennung* für deren Hingabe fürs Vaterland und haben deshalb die Größe der Aufgabe, vor der die Bundeswehr steht, beim Namen zu nennen: Krieg! Nicht nur in der Politik, im ganzen Land stellt z. B. *Bild* einen entscheidenden Mangel fest: Es fehlt an ein bisschen mehr *Begeisterung* für unsere Helden vor Ort. Im Krieg ist *Bekennnis* zur Nation und ihrer kämpfenden Armee verlangt. Grußadressen und Beten für die Frontsoldaten, die sich treu und berechnungslos für Deutschland aufopfern, sind eine moralische Pflicht für jedermann. Dabei kann sie sich auf den Wehrbeauftragten des Bundestages berufen:

„Ich frage mich: Wo bleibt das klare Wort der Kirchen, der Gewerkschaften, der Wirtschaft? Das Bekenntnis: *Unsere Truppe steht in Afghanistan in einem schweren Kampf – und wir stehen als Bürger und Staatsbürger fest zu ihnen. Das wäre ein Zeichen menschlicher Zuwendung.*“ (Robbe im Interview mit *Bild*)

Auch bei der Süddeutschen hält man es für einen Skandal, dass nicht längst vom „Krieg“ gesprochen wird. Ihre Botschaft liest sie den Soldaten geradezu von den Lippen ab: „In der Truppe wird die gestiegene Kampfbereitschaft der Bundeswehr überwiegend begrüßt, auch wenn es jetzt vermehrt Opfer geben sollte. Andererseits wünschen die Soldaten auch, dass nun allmählich in der deutschen Öffentlichkeit anerkannt wird, dass sie kein ‚bewaffnetes Technisches Hilfswerk‘ sind, wie häufig gespottet wurde, sondern dass sie sich in einem veritablen Krieg befinden.“ (SZ, 24.6.)

Krieg ist eine hohe Aufgabe, die durch die bis gestern gültige Sprachregelung einer „militärisch abgesicherten Aufbauhilfe“ heute ins Lächerliche gezogen und herabgewürdigt wird. Klar muss sein: Die Armee führt Krieg, ihre Kampfbereitschaft ist durch vermehrte Opfer nicht zu erschüttern, die Moral der Truppe steht also wie eine Eins. Dafür darf sie mit Fug und Recht die Wertschätzung „der deutschen Öffentlichkeit“ beanspruchen. An der Ehrung soldatischer Einsätze lässt es die deutsche Regierung – bei weiterer konsequenter Vermeidung des umstrittenen Terminus – auch gar nicht fehlen. Den ums Leben gekommenen Bundeswehrgenossen wird schon seit geraumer Zeit die Ehre zuteil, „gefallen“ zu sein, und für besonderen Heldenmut im Kampfe wird ein vom Vaterland extra dafür neu geschaffener Orden spendiert.

Der Spiegel entdeckt in dem Bemühen, das K-Wort zu vermeiden, was er gar nicht leiden kann: Feigheit vor dem Volk.

„Die deutschen Politiker, die die Soldaten nach Afghanistan schicken, tun lieber so, als wäre dies ein Polizei- und Entwicklungshilfeinsatz. Denn sie wissen, dass das Mandat in der Bevölkerung unpopulär ist.“ (Spiegel)

Und auch die FAZ hat entdeckt, dass das Volk zu mehr Einsicht ins Notwendige erzogen werden muss:

„Die wachsende Abneigung der deutschen Bevölkerung gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan lässt sich im Kern auf einen Grund und auf eine Ursache zurückführen. Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts haben sich bei den Deutschen in einer pazifistischen – oder antimilitarischen – Grundhaltung niedergeschlagen; sie lehnen ‚Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln‘ geradezu instinktiv ab. Die militärische Intervention in Afghanistan hat nach dem Sturz der Taliban die Illusion genährt – nicht nur in Deutschland, auch in Amerika –, die Terrornester von al Kaida könnten in einem Blitzkrieg ausgeräuchert werden, und der Neuaufbau des Landes sei dann eine friedliche Aufgabe... Unter diesen Voraussetzungen hat sich auch die Bundeswehr am Hindukusch engagiert.“ (FAZ, 4.7.)

Da müssen die Frankfurter Experten für Meinungsbildung mit ihrem Volk doch ins Gericht gehen: Die verlorenen Kriege des 20. Jahrhunderts dürfen für die Ablehnung von Kriegen, die im beginnenden 21. Jahrhundert anstehen, keinen Grund mehr abgeben. Sonst lehnt man klare Kriegsansagen „instinktiv“, also grundlos, ab, ist bestenfalls für einen Blitzkrieg zu haben und prompt mies gestimmt, wenn der ein bisschen länger dauert als geplant. Mitschuld an dieser wehrkraftzeretzenden Gesinnung gibt die FAZ der Regierung selbst. Schließlich ist sie nur halbherzig in den Krieg eingestiegen und verkauft den Auftrag der Bundeswehr immer noch als kurzfristiges und friedliches Aufbauwerk. Wenn man dem Volk etwas derart Verkehrtes erzählt, dann reagiert es auch verkehrt. Dabei steht doch fest, dass „Deutschlands Sicherheit weiterhin am Hindukusch verteidigt werden“ muss (a.a.O.). Also ist das Volk darauf entsprechend einzustimmen.

Immerhin haben – das muss auch die FAZ anerkennen – „Union, SPD, FDP und sogar die Grünen den Einsatz am Hindukusch bislang aus dem Parteienstreit herausgehalten, obwohl mit diesem Thema leicht beim Wahlvolk zu punkten wäre.“ (FAZ, 5.9.) Sie haben im Wahlkampf darauf verzichtet, den kriegsunlustigen Wahlbürgern nach dem Maul zu reden und damit dem Rechnung getragen, dass die nationale Bedeutsamkeit des aktuellen Militäreinsatzes es verbietet, ihn zum Gegenstand der Wählerbetörung zu machen.

#### Bomben beschädigen die deutsche Selbstdarstellung

Dann machte – mitten im Wahlkampf – eine militärische Maßnahme die deutsche Kriegsführung zum Gegenstand allgemeinen Interesses: „Das Thema Afghanistan ist unversehens auf der Agenda“ (Berliner Morgenpost,

8.9.), als ein deutscher Oberst der Isaf-Truppen in Afghanistan den Befehl zu einem „fatalen Angriff“ (FAZ, 8.9.) auf zwei von Taliban entführte Tanklastzüge erteilt, bei dem „nicht nur viele Aufständische, sondern auch Zivilisten ums Leben kommen“. (FAZ, 8.9.). Was sonst als eindeutiges Indiz für martialische US-Kriegsführung steht, ist in diesem Fall ein deutsches „Blutbad in Afghanistan“ (Basler Zeitung, 6.9.). Der „von einem deutschen Oberst angeordnete tödliche Bombenangriff“ (SZ, 9.9.) passt nämlich wie die Faust aufs Auge zur Vorstellung vom zivilfreund-

VERSUS im Internet:

<http://www.versus-tuebingen.de>

lichen deutschen „Stabilisierungseinsatz“. Alenthalben wird bemerkt, dass das gute Bild, das die Politiker von dem Krieg aufgemacht haben, hinfällig ist, wenn der Luftangriff „die Vorstellung von deutschen Brunnenbauern unter dem wachsamem Auge freundlicher Uniformträger endgültig ins Reich der Illusionen befördert“ (SZ, 12.9.)

Im Inland verweisen die konservativen Wächter einer glaubwürdigen Kriegsführung angesichts der vielen Toten wieder einmal darauf, dass Krieg eben Krieg ist: „Deutsche Soldaten sind dort nicht, damit afghanische Mädchen wieder zur Schule gehen können“ (FAZ, 8.9.). Und die Linken, deren Kriegsgegnerschaft sie doch aus der Gemeinschaft der verantwortungsbewussten Politiker exkommuniziert, versuchen im Wahlkampf damit zu punkten, dass das sie den politischen Friedenstitel des Afghanistan-Einsatzes gegen seine militärische Durchführung hochhalten. „Mit Bomben schafft man keinen Frieden“ (Bartsch, Bundesgeschäftsführer der Linken, FAS, 6.9.) behaupten sie und sehen dabei völlig vom Auftrag dieses Militäreinsatzes ab. Wenn es um einen siegreichen Frieden geht, schafft man den gerade mit Bomben.

Auch außenpolitisch gerät das Treiben des deutschen Militärs ins Feuer der Kritik. Als „grober Fehler“ (Kouchner, frz. Außenminister, FAS, 6.9.) und Verstoß gegen die Strategiebeschlüsse des Bündnisses, „wonach auf Luftschläge zu verzichten sei, wenn Unschuldige zu Tode kommen könnten“. (FAZ, 7.9.) wird das Bombardement von den NATO-Verbündeten gebrandmarkt.

Die Isaf-Strategen hatten sich nämlich gerade dazu entschlossen, wegen schlechter Öffentlichkeitswirkung nicht immer und gleich verdächtige Menschenansammlungen von der Luft aus zu eliminieren, sondern zuerst mit Bodentruppen unter Beschuss zu nehmen, und nun erlaubt sich ein deutscher Oberst, gegen diese Strategie zu verstoßen. Nicht, dass die Isaf auf einmal das Totschießen ihrer Gegner aus der Luft einstellen würde, aber gegenüber Deutschland ist in diesem Fall schon eine klare Retourkutsche angesagt: Die penetrante Betonung des „Stabilisierungseinsatzes“ als im Kern zivil orientierte Aufbauarbeit haben die USA, Frankreich und die anderen Kombattanten immer schon so verstanden, wie sie gemeint ist, nämlich als Deutschlands de-

monstrative Abgrenzung und beanspruchte Sonderrolle im Militärbündnis. In den südlichen Landesteilen haben die USA den Taliban das Leben mittlerweile schwer bis unmöglich gemacht, weshalb diese sich vermehrt in Richtung Norden absetzen. Kein Wunder also, dass der „zivile Charakter“ des deutschen Militäreinsatzes sich praktisch mehr und mehr verflüchtigt – und sich somit auch nach Ansicht der Verbündeten blamiert. Je mehr es in der Region Kundus um Leben und Tod geht, umso deutlicher muss gemacht werden, dass mit dem deutschen Sonderweg Schluss zu sein und sich die deutsche Kriegsführung in die gemeinsame Strategie zu integrieren hat.

– Deutschlands Funktionäre für Kriegführung lassen die Vorwürfe zunächst nicht gelten, indem sie die toten Zivilisten, die dafür Beleg sind, nicht gelten lassen. „Nach allen uns vorliegenden Informationen sind beim Einsatz ausschließlich terroristische Taliban getötet worden.“ (Verteidigungsminister Jung, FAS, 6.9.) Falls sich doch Dorfbewohner unter die Leichen gemischt haben, sind es jedenfalls wenige, und sie sind nicht uns zuzurechnen, denn „die Verantwortung für den Vorfall liegt bei den Taliban“. (Oberst Klein, BamS, 13.9.) Ansonsten sind wir schon deshalb die Guten, weil wir gar nicht gerne wahllos töten: „Jeder unschuldig zu Tode gekommene Mensch ist einer zu viel. Wir trauern um jeden Einzelnen.“ (Merkel in der Bundestagsdebatte, SZ, 9.9.) „Wir“ bedauern von uns erzeugte menschliche Kollateralschäden nämlich und sind deswegen auch dann ausschließlich im Sinne der afghanischen Bevölkerung militärisch tätig, wenn wir sie umbringen. Die am Schluss doch gefundenen zahlreichen zivilen Opfer können also niemals einen Grund dafür abgeben, an unserer Kriegführung herumzumäkeln. Derartige „verbitten“ sich Kanzlerin und Bundespräsident unisono, und zwar „im Inland wie im Ausland“. (Merkel in der Bundestagsdebatte, SZ, 9.9.)

– Des weiteren macht es sich die deutsche Politik zur Herzenssache, „unsere“ Soldaten vor jeglicher Kritik in Schutz zu nehmen, schon deshalb, weil es „unsere“ sind. Von der CDU – „Mir ist sehr wichtig, dass die Soldaten wissen, dass sie unsere Unterstützung haben“ (Merkel, Bundestagsdebatte, SZ, 7.9.)

GEGENSTANDPUNKT Stuttgart:

<http://www.gegenstandpunkt-s.de>

– bis zur SPD – „Ich stehe selbstverständlich fest hinter unseren Soldaten“ (Steinmeier, FAS, 13.9.) – werden Einwände gegen den Militäreinsatz als Verunglimpfung des Militärs, wird Kritik an deutscher Kriegspolitik als unzulässiger Vorwurf an die Truppe genommen, die ein Recht auf grundsätzliche Parteinahme habe. Erst *schickt* der deutsche Staat seine Soldaten nach Afghanistan, damit die dort für seine politischen Ziele vor Ort töten und sterben, und dann beruft er sich darauf, dass sie dort töten und sterben, um Kritik am Krieg als ungehörig zurückzuweisen.

So steht die Welt Kopf, wenn deutsche Politiker den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan legitimieren. ♦

## Die demokratische Wahl

### Die Wahlstimme

Freie Wahlen gelten als das schätzenswerteste Kernstück der Demokratie – durch sie zeichnet sich diese Staatsform vor allen anderen aus. Wahlen so heißt es, *legitimieren* die Ausübung der politischen Macht. In der Demokratie wird nicht von Gottes Gnaden oder durch militärische Gewalt regiert – das Volk erteilt per Abstimmung höchstförmlich den Auftrag zur Wahrnehmung der Staatsgeschäfte. Allerdings nicht von sich aus. Es wird von der Politik in regelmäßigen Abständen an die Urnen gerufen und vor jeder Wahl mit einigem propagandistischen Aufwand daran erinnert, dass es wählen gehen soll, wenn es wählen gehen darf. Schon das ist ein Hinweis darauf, dass die Souveräni-

tät, die in den Wahlkabinen ausgeübt wird, eine eigentümlich beschränkte ist und der Nutzen der Veranstaltung eher bei denen liegt, die gewählt werden und weniger bei den Wählern. Deren Stimmen werden benötigt, um sie zusammenzuzählen und ein Zahlenverhältnis zu ermitteln, nach dem die höchsten Personalfragen im Staat entschieden werden: welche Politikermanschenschaft bekommt die politische Macht. Das ist die ganze „Vermittlung“ zwischen Wählermeinung und Politik, zwischen Bürgerwillen und Herrschaft, die in der demokratischen Wahl stattfindet. Die Entscheidungsfreiheit, die dem Wähler zugestanden wird, verwirklicht sich in einem von zig Millionen Wahlkreuzen, an dem von Argumenten, begründeter Überzeugung oder auch nur einer formulierten Stellungnah-

me nichts zu entdecken ist. Ganz frei und gleich geht die individuelle Wahlstimme bloß quantitativ, also unerheblich, ein in einen Massentrend. Und der kann qualitativ nur „entscheiden“, was diejenigen, die sich zur Wahl stellen ihm vorgeben und diejenigen, die gewählt wurden, als „Wählerauftrag“ definieren: Vor der Wahl legen Kandidaten fest, welches Programm sie zur Wahl stellen, und nachher entscheiden die Gewinner, was gemacht wird. Das Wahlergebnis verschafft ihnen gerade in seiner Inhaltslosigkeit die Freiheit, es in ihrem Sinn politisch zu deuten.

Das Ergebnis der demokratischen Wahl ist eine Herrschaft, die sich auf das Votum „des Wählers“, dieses zum Singular zusammengesetzten Kollektivs der Wahlberechtigten, berufen kann. Dieses Ergebnis steht von vorn-

herein fest, weil es gar nicht zur Wahl steht. Es kommt trotzdem in freier Wahl zustande – nämlich auf dem Weg einer freien Auswahl von Kandidaten und Parteien. Das Volk, das einen kurzen Sonntag lang den Status des „Souveräns“ erhält, besetzt die unabhängig von seiner Stimme feststehenden Ämter, die zur Ausübung der staatlichen Souveränität vergeben werden. Einfluss darauf, was die so bestellten Amtsinhaber dann tun, hat es in der Wahl nicht und auch nicht danach. Die demokratische Grundordnung gebietet ausdrücklich die Unabhängigkeit der Staatsmacht von allen Sonderinteressen und verbietet „imperative“ Mandate, was soviel heißt wie: Aufträge, die das Fort-, Ein- oder Auskommen der Wähler

→Fortsetzung Seite 4

### „Die demokratische Wahl...“ (Fortsetzung)

betreffen, können von diesen nicht vergeben werden. Resultat der Wahl ist die umfassende Ermächtigung einer Politikertruppe, mit Kanzler(in) an der Spitze, zum *Regieren*, also dazu, allen Staatsbürgern die Bedingungen, unter denen sie ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und ihren Interessen nachzugehen haben, verbindlich vorzuschreiben. Frei darf er entscheiden, der wählende Bürger, aber ausdrücklich nur über Personalalternativen – gerade diese Kombination macht den Charme der demokratischen Wahl aus. Ohne Zwang, im Bewusstsein und durch praktischen Gebrauch ihrer Entscheidungsfreiheit erklären sich die Menschen so nämlich mit dem Regiert-Werden einverstanden. Damit, dass sie über Personalfragen entscheiden, geben sie grundsätzlich ihre Zustimmung zum eingerichteten, nach der Wahl personell wie bisher oder neu besetzten Herrschaftsverhältnis. Eine demokratisch gewählte Regierung ist so in nichts, was sie tut, von Willen und Wünschen ihrer Untertanen abhängig, kann aber bei allem, was sie tut, für sich in Anspruch nehmen, den Wählerwillen zu erfüllen, weil der sie ja schließlich ins Amt gehoben hat. Jede Maßnahme, die sie während ihrer Amtszeit beschließt, ist damit als Wille der „Mehrheit“ ins Recht gesetzt, auch dann wenn durch sie praktische Interessen einer Viel-, vielleicht sogar der Mehrzahl der so regierten geschädigt werden. Auf diese legitimatorische Leistung der demokratischen Wahl kommt es durchaus an. Einen allzu hohen Prozentsatz von Nichtwählern mögen die Vertreter der Demokratie deshalb nicht, obwohl ja bei jeder Wahlbeteiligung eine Regierung herauskommt. Die Wahlbeteiligung ist ihnen wichtig, weil die Bürger, wenn sie freiwillig zur Wahl gehen, faktisch ihr Einverständnis damit bekunden, dass sie nach der Wahl der Regierungsgewalt des Gewählten unterworfen sind.

### Der Souverän

**Das demokratische Volk betätigt sich als Souverän dadurch, dass es in regelmäßigen Abständen eine neue Regierung wählt oder die alte bestätigt. Die turnusmäßig abgehaltene Wahl bedeutet aber nicht, dass die Bürger in diesen Sternstunden ihrer Souveränität alle öffentliche Gewalt wieder an sich ziehen, alle Einrichtungen der Staatsmacht zurücknehmen und alles neu regeln könnten. Die Volkssouveränität, die das Wahlvolk ausübt, besteht vielmehr darin, die Gewalt zu delegieren, damit sie dann als Gewaltmonopol bei den Gewählten ist. Ein seltsamer Vorgang – das Volk gibt seine Gewalt freiwillig weg an ein paar Leute, die dann über es die Herrschaft haben –, wenn man sich „das Volk“ als Mannschaft vorstellt, die sich frei und souverän über ihre Angelegenheiten berät und im Ergebnis an einem Gewaltverhältnis Geschmack findet, in dem sie freiwillig die gehorsame Seite übernimmt. Aber so gibt es „das Volk“ ja gar nicht. Der ganze Inhalt dieser Mengenbezeichnung liegt darin, von allen bestimmten gesellschaftlichen Betätigungen, Beziehungen, Gemeinsamkeiten ebenso wie Gegensätzen abzusehen und an Industriearbeitern und Hausfrauen, Bauern, Managern und HartzIV-Empfängern nur eines festzuhalten: Für sie alle ist dieselbe hoheitliche Gewalt zuständig. Dass sie zum Personalbestand desselben Staates gehören, ist die einzige Gemeinsamkeit, die sie alle zum „Volk“ zusammenfasst. Insofern geht ihre Existenz als Volk von der Staatsgewalt aus und nicht umgekehrt.**

Diese Staatsgewalt schreibt sich per Staatsverfassung ein demokratisches Vorgehen vor und erteilt dem durch sie definierten nationalen Kollektiv den *Auftrag*, die Parteien und Personen auszuwählen, die diese Gewalt ausüben. Die Befugnisse und die Macht, die die dann haben, sind Bestandteil des Amtes, in das sie gewählt wurden. Sie stehen nicht zur Wahl und sind unabhängig davon, wer dieses Amt ausübt. Von individueller Willkür, persönlichem Einsatz, individuellen Führerqualitäten usw. der Amtsinhaber ist die Staatsgewalt in einer Demokratie nicht abhängig. Mit Beschränkung ihrer Macht sowie der Staatsmacht als Ganzes hat das nichts zu tun – im

Gegenteil. Die Staatsführungen „funktionierender“ Demokratien verfügen über ein Gewaltmonopol, das flächendeckend, permanent und wirksam präsent ist, das Wirtschafts- und Privatleben aller ihrer Bürger bis in den letzten Winkel hinein „regelt“, also per Gesetz Erlaubtes und Verbotenes festlegt und dem (notfalls) mit polizeilicher und richterlicher Gewalt Geltung verschafft. So etwas ließe sich mit nur individueller herrschaftlicher Willkür gar nicht aufziehen. Es muss vielmehr organisiert sein als stabiler Apparat, der seinen Funktionären, auch seinen leitenden, vorgibt, was Inhalt und Reichweite ihres Amtes ist.

Jede Wahl trennt zunächst den amtierenden Funktionär von seinem Amt und besetzt es wieder, mit ihm oder mit einem kongenialen Nachfolger, der es ebenfalls seinen Bestimmungen gemäß ausfüllt. Die Anwärter auf ein Amt mögen mit ihren „Führungsqualitäten“ dafür werben, sie mit diesem Amt zu betrauen, von ihren Qualitäten hängen die Aufgaben und die Macht, die nach der Wahl ihres Amtes sind, aber nicht ab. Die fallen ihnen vielmehr durch das Amt zu.

Die Regeln, nach denen das staatliche Gewaltmonopol ausgeübt wird, und die Einrichtungen, in denen und durch die das geschieht, hat der tatsächliche Souverän also längst festgelegt, wenn er sein Volk dazu aufruft, die entsprechenden Posten zu besetzen. Und die Zwecke, die er mit der Ausübung seiner Gewalt verfolgt, stehen erst recht nicht zur Wahl.

### Was ohne Wahl feststeht

**Die Prinzipien, auf die ein demokratischer Staat sich und damit alle seine Bürger festgelegt hat, stehen unabhängig von der Wahl fest und in ihr nicht zur Disposition.**

Zuallererst ist da der Erfolg der Wirtschaft, deren Wachstum er zu befördern hat, damit der nationale Standort vorankommt. Wachsen tut die Wirtschaft dann, wenn die Unternehmen, die diesen Standort bevölkern, Gewinne machen, je mehr Gewinne, desto mehr Wachstum. Das macht den Reichtum der Gesellschaft aus, auf den es dem Staat ankommt, weil die Mittel, über die er verfügen kann, davon abhängen. Vorausgesetzt ist dem die verfassungsmäßig festgelegte, rechtlich kodifizierte und per Staatsgewalt exekutierte Garantie des Privateigentums. Damit verpflichtet der Staat seine Bürger darauf, sich um die Mehrung privaten Eigentums zu bemühen, und zwar gleichermaßen alle, ohne Berücksichtigung des kleinen Unterschieds, der sich daraus ergibt wie viel Eigentum sie haben und ob überhaupt eines. Und er regelt die Interessengegensätze, die sich aus diesem Prinzip ergeben.

Das Arbeitgeberinteresse an billig verfügbaren Arbeitskräften wird gesetzlich gebilligt; mit der Einschränkung, dass Arbeitgeber sich an frei ausgehandelte Arbeitsverträge halten und Lohn zahlen müssen. Dem Interesse der Lohnabhängigen an ihrem Auskommen wird seine Berechtigung zugesprochen, mit der Maßgabe, dass es sich am Geschäftsinteresse derer, die „die Wirtschaft“ ausmachen, relativiert. So sind die Arbeitnehmer auf ihre Abhängigkeit und eine Interessenlage festgelegt, die mit ihren materiellen Bedürfnissen ständig in Konflikt gerät.

Neben der „Wirtschaftspolitik“, die sich darum kümmert, dass das Wachstum vorankommt, betreut die Abteilung „Sozialpolitik“ die Armut und Existenzunsicherheit derer, die von Lohn leben müssen und das nicht können. Was sie in welche Kasse einzuzahlen haben und wie viel ihnen wann an Zahlung daraus zusteht, ist penibel geregelt.

Nichts von dem, was sich konsequent und sachgesetzlich aus dem allerhöchsten demokratisch-marktwirtschaftlichen Imperativ – dass kapitalistisches Wachstum sein soll – ergibt, hätte auch nur einen Tag Bestand, ohne dass die Staatsgewalt es betreut. Um eine „Lage“, auf die die Politik reagieren und mit der sie umgehen muss, handeln sich alle die wirtschaftlichen und sozialen Probleme nur dann, wenn man den staatlichen *Beschluss*, dass in seinem Machtbereich marktwirtschaftlich zu wirtschaften ist, als Gegebenheit betrachtet, die nicht zu bezweifeln ist. Würde das bezweifelt oder abgelehnt, dürften sich diejenigen,

die das tun, nicht zur Wahl stellen – auch das hat die Demokratie gesetzlich geregelt.

Dass ein Staat, der sich den marktwirtschaftlichen Erfolg seines Standorts zum grundsätzlichen Anliegen gemacht hat, außerhalb seines Staatsgebiets allerhand zu „regeln“ hat, ergibt sich notwendigerweise. Exportoffensiven sind zu formieren und die von anderen zu behindern; Rohstoffabhängigkeit und Sicherheit der Energieversorgung, Kräfteverschiebungen in und zwischen anderen Ländern, Flüchtlingsbewegungen und terroristische Anschläge irgendwo auf der Welt und vieles mehr müssen bewältigt, sichergestellt oder bekämpft werden, wenn und weil ein Staat den restlichen Globus zum Material seiner Interessen machen will. Die weltweite Durchsetzung seiner Interessen erklärt er zu seinem nationalen Recht, das immer wieder verletzt wird von anderen Nationen, die nach besten Kräften ebenso verfahren, Gegen die ist es zu verteidigen, d. h. durchzusetzen – wenn nötig mit Waffengewalt.

Nichts von alledem steht demokratisch zur Wahl. All das ist der Wahl vorausgesetzt und zwar mit solcher Selbstverständlichkeit, dass es die kandidierenden Parteien ihrem Wahlvolk als die Notwendigkeiten präsentieren, an deren Bewältigung eine gute Regierung zu messen ist. Dafür gibt es den Wahlkampf.

### Der Wahlkampf

**Parteien und Kandidaten, die sich um die Macht im Staat bewerben, stellen sich ihren Wählern als diejenigen vor, die sich auf die Kunst des Regierens verstehen und zwar besser als ihre Konkurrenten. Ihre Qualifikation belegen sie damit, dass sie sich im Katalog der innen- und außenpolitischen Aufgaben auskennen und deshalb für die Führung der Staatsgeschäfte bestens geeignet sind. An dem Kriterium wollen sie gemessen werden. Als Stimmbürger sollen sich diejenigen, die regiert werden und ihrer Regierung zu gehorchen haben, mit der Frage befassen, wie sie sich ordentliches Regieren vorstellen. An die eigenen partikularen Interessen und Bedürfnisse dürfen sie dabei ruhig denken, aber in sachgemäß verfremdeter Form.**

Wahlkämpfer greifen die Misslichkeiten, mit denen sich die Bevölkerung im von ihnen oder ihresgleichen organisierten Gemeinwesen herumzuschlagen hat, auf und übersetzen sie in ein Problem des Gemeinwesens. Der zur Wahlentscheidung aufgerufene Bürger soll seine private Lebenslage darin bedacht sehen, dass Politiker die Arbeitslosigkeit, die Steuern, das Gesundheits- und das Bildungswesen, das Sozialsystem... zum Gegenstand des wahlkämpferischen Vorschlagswesens machen. Und wenn die Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung zur Sprache bringen, dann soll er die Sorge um die Staatskasse zu der seinen machen und einsehen, dass an ihm gespart werden muss. Der Stimmbürger tut all das auch, weil er „realistisch“ ist, es also – fälschlicherweise – für unumstößlich hält, dass politische Machthaber seine Lebensumstände bestimmen, wenn sie es in diesem Staatswesen nun einmal tun. Der Gedanke, dass man ohne die politische Gewalt, die ihren Bürgern die Abhängigkeit von der Macht des Geschäfts und dem Recht des Staates alternativlos aufzwingt, die Sorgen, auf die da angespielt wird, gar nicht hätte, kommt nicht auf. Beim Wähler hat diese Abhängigkeit vielmehr zur „Einsicht“ geführt, dass alle seine Interessen in den Entscheidungsbereich der Politik fallen und nur in dem Maß zählen, wie diese sich ihrer annimmt. Und dass sie es natürlich nicht allen recht machen kann und im Interesse des großen Ganzen auch gar nicht soll, das „weiß“ er auch. Mit dem Versprechen gesetzlicher Einschränkungen im Namen staatlicher Notwendigkeiten und der Debatte darüber, wo sie gerechterweise stutzfinden haben, lässt sich deshalb im Wahlkampf durchaus punkten. Der wahlberechtigte Mensch soll die Welt bis in seinen privaten Alltag hinein als *Deutscher* betrachten und sich geistig in die Rolle des Staatsführers hineinversetzen. Für „unser“ Land, sind Opfer zu bringen, im Prinzip immer und in Krisenzeiten erst recht. Solche Ehrlichkeit schätzt der Wahlbürger an seinen Politikern; und es fallen ihm auch immer welche ein, die – meist in einer ähnlichen

beschränkten Lebenslage wie er selbst – mehr zahlen und weniger kriegen könnten.

Für Landeskinder, die so gestrickt sind, formulieren die Volksvertreter, die gewählt werden wollen, die Notwendigkeiten, die sie in Bezug auf Bedienung oder Beschränkung von gesellschaftlichen Interessen für aktuell halten. Das sind die „Sachfragen“, die sich die Parteien im Wahlkampf um die Ohren hauen und hinsichtlich derer sie beim jeweils anderen Fehler und Versäumnisse feststellen. Dass der vorhandenen und im Steigen begriffenen Massenarbeitslosigkeit dadurch zu begegnen ist, dass man die Wirtschaft dabei unterstützt Arbeitsplätze zu schaffen, und dass das nur geht, wenn die *rentabel* sind, darüber herrscht Einigkeit. Ob man dies am besten durch steuerliche Entlastung des „Mittelstands“, Aufhebung des Kündigungsschutzes oder die Subventionierung defizitärer Automobilproduzenten tut, damit wird der kleine Mann im Wahlkampf unterhalten. Ob man das Sozialsystem am besten rettet durch Erhöhung der privaten Beiträge oder durch Streichen von Anspruchsrechten, oder ob man es gar so üppig belassen soll wie es ist; ob man angesichts dessen, dass die Rettung deutscher Banken so teuer zu werden verspricht, besser am Bildungs- oder am Gesundheitswesen spart; ob und wo man Steuern senkt und wie man das dann gegenfinanziert; all das sind Fragen, die dieser kleine Mann in der Wahl zwar nicht zur Entscheidung vorgelegt bekommt, anhand derer er aber *sich* entscheiden soll, wem er die Erfüllung dieser als gut und notwendig durchgewinkten Aufgaben am ehesten zutraut und wem er deshalb ohne weitere Einspruchsmöglichkeit und ohne die neuen Landesherren auf ihre Wahlkampfversprechen festnageln zu können, die nächsten vier Jahre lieber gehorchen will.

Sachlich nur konsequent ist es deshalb, wenn sich die Konkurrenten um die Wählergunst unmittelbar als *Personen* empfehlen, die *Führung* bieten, und sich durch nichts als die gekonnte Demonstration ihrer Führungsqualitäten mehr vom Konkurrenten unterscheiden wollen. Mit der Darstellung von Führungskraft und Leutseligkeit, mit inszenierten Schaukämpfen und inszeniertem Jubel, mit flotten Werbesprüchen und volkstümlichen Auftritten beeindruckten Politiker ein Wahlvolk, das sich dabei keineswegs versichert vorkommt. Im Gegenteil: Man kann es ihm sogar ins Gesicht sagen, dass die ganze Veranstaltung eine Konkurrenz um die größte „Glaubwürdigkeit“ ist. Glaubwürdigkeit nicht in dem Sinne, dass den Sachaussagen der Regierungsanwärter geglaubt werden soll – ein geübtes Wahlvolk weiß allemal, dass es sich bei „Wahlkampfversprechen“ um nichts als Schwindel handelt –, sondern Glaubwürdigkeit im Sinne von erfolgreichem Stimmenfang. *Glaubwürdig* ist der, der die Wähler dazu kriegt, ihm die meisten Stimmen zu geben. Insofern erweist sich Glaubwürdigkeit nicht dadurch, dass das Staatsvolk das aufgelegte Staatsprogramm mit seinen Interessen und Bedürfnissen abgleicht und nach reiflicher Überlegung und Diskussion verbindlich in Auftrag gibt. Glaubwürdigkeit erweist sich nach der Wahl ganz inhaltsleer im errungenen Prozentsatz der abgegebenen Stimmen.

Die Wähler haben den Auftrag, diejenigen zur Führung der Nation zu küren, die sie „irgendwie gut“ finden. Gefragt ist die ignorante Geisteshaltung, politische *Machthaber* nach Kriterien des persönlichen *Geschmacks* zu beurteilen. Davon, dass diese Leute über das künftige Wohl und Wehe ihrer Wähler entscheiden und das nach Kriterien, die bei den meisten für mehr Wehe als Wohl sorgen, können demokratische Wähler völlig absehen. Stattdessen ergreifen sie Partei für eine Partei und deren Funktionäre sei es auf der Hurra-Ebene oder unter Berufung auf einen „persönlichen Eindruck“, sei es in der Rolle eines ideellen Image-Beraters oder des abgeklärten Durchblickers, der die politische Überzeugungskraft eines Kandidaten nach der erzielten Wirkung zu benoten versteht.

Mit bunten Plakaten, auf denen frisch geschminkte Grinseköpfe mit Sachaussagen wie „*Wir haben die Kraft*“, „*Verantwortung wählen*“ oder „*Unser Land kann mehr*“ abgebildet sind, bringen die in der demokratischen Wahl gelebte Volkssouveränität deshalb durchaus auf den Begriff. ◆